

mittendrin

Ausgabe 06 / 2017 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Visionär mit Blaumann und Rechenschieber

Steve Rauhuts Lehrstück für ein besseres Land

Vor 8 Jahren gründeten junge Christ*innen in Moabit den „Konvent an der Reformationskirche“ mit dem Ziel, den damals brachliegenden Reformationskirchen-Campus wiederzubeleben.

Es ging ihnen um neue, kreative Formen christlichen Lebens und die Etablierung eines offenen, kulturell vielfältigen und politischen Ortes. Einer dieser ambitionierten Menschen ist Stephan „Steve“ Rauhut, der heute als Geschäftsführer den Baumaßnahmen auf dem REFO-Campus vorsteht. Parallel tritt er im Bezirk Mitte als Direktkandidat für Die Linke bei den Bundestagswahlen an, wobei er sagt: „Ich trete dafür ein, dass Politik den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt. Ein Thema liegt mir dabei besonders am Herzen: Wohnquartiere, die allen ein Zuhause bieten.“

Was Steve Rauhut konkret damit meint, konnten zahlreiche Gäste, unter ihnen die Senatorin Katrin Lompscher und die Stadträtin Dr. Sandra Obermayer, anlässlich der Einweihung des Erweiterungsbaus des Jugendtheaters auf dem REFO-Campus am 3. Mai

in Augenschein nehmen. Die jungen Leute des Jugendtheaters X sind im Alltag stark von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung betroffen. Als Bestandteil der REFO-Community haben sie hier den Raum, den sie benötigen, um sich auszudrücken, gehört zu werden und wie sie selbst sagen „ein Stachel im Fleisch der Gesellschaft“ sein zu können.

Damit ist die Revitalisierung des REFO-Campus und mit ihr die Erschließung neuer Räume jedoch keineswegs abgeschlossen. Gerüste, Berge aus Baustoffen und frisch umgegrabene Grünflächen kündigen bereits die nächsten Einweihungen an: die Vollsanierung des REFO-Kindergartens steht ebenso kurz vor der Fertigstellung wie die Umgestaltung der Freiflächen des Wiclfplatzes. Doch wie Steve Rauhut lebenswerte Wohnquartiere



Anstoßen auf vollen Erfolg mit Senatorin Katrin Lompscher und Stadträtin Sandra Obermayer

Foto: gezett

schaffen möchte, die allen ein Zuhause bieten, wird erst vollauf deutlich, wenn man zur Baustelle des Wohnhauses auf dem Campus kommt. Hier werden derzeit noch 4.000qm Wohnfläche vollsanziert. Ohne Eigenkapital und angewiesen auf Kredite von Banken,

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Mai-Sitzung der BVV fasst wegweisenden Beschluss

Die Fraktionen von SPD, Grünen und Linken fassten einen gemeinsamen Beschluss zu den politischen Schwerpunkten für die kommende Haushaltsplanaufstellung 2018/19 in Berlin-Mitte. Wird das Bezirksamt dem Beschluss der BVV folgen.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

„Deutsche Wohnen“ – mit 110.000 Berliner Wohnungen

Das Unternehmen ist der größte Vermieter in der Stadt. Und der Ungehörigste, der den Berliner Mietspiegel nicht anerkennt. Mieter beklagen den Zustand der Wohnungen. Der börsennotierte Konzern fährt indessen hohe Renditen ein. Rainer Scholz weiß mehr.

Fortsetzung auf Seite 4 ▷

Warum aus der „Plansche“ ein Wasserspielplatz wird

Christin Noack ist Stadtplanerin. Sie arbeitet an der „Erneuerung der sozialen Infrastruktur des II. Bauabschnitts der Karl-Marx-Allee“. Das hört sich „sehr complex“ an, wie man heute sagt, und das ist es wohl auch. Matthias Herold hat sich erkundigt.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

Ein überzeugendes Wahlprogramm, starke Kandidat*innen und jetzt einen engagierten Wahlkampf!

Mobilisierungstreffen der LINKEN in Berlin-Mitte!

Dienstag, 20. Juni, 19 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus (U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz) mit

Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag
und Steve Rauhut, Direktkandidat der LINKEN in Berlin-Mitte!

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

Erfolgreiche BVV nach der Osterpause

Ein wichtiger Erfolg auf der Sitzung vom 18. Mai war die Annahme unseres Antrages, dass das Bezirksamt das Jobcenter auffordert, bei Familien, die Hartz IV beziehen, die Überprüfung der »Angemessenheit« der Mietkosten bis Anfang 2018 auszusetzen.

Dann liegt nämlich der neue Mietspiegel vor und die »angemessene« Miethöhe wird nach oben korrigiert werden. Dadurch kann man den Betroffenen etwas Sorge vor einer Verdrängung aus ihrer Wohnung nehmen.

Des Weiteren sollen die Schuldnerberatungen besser finanziert und ausgebaut werden; das Bezirksamt soll sich dafür einsetzen, dass Mobilitätshilfen für ältere Menschen zu einer Regelleistung des Landes Berlin ausgebaut

werden; in der Adalbertstraße wird die Schule saniert, dabei sind aber alle Tennisplätze des ansässigen Tennisclubs zu erhalten, der sich künftig einen Platz mit der Schule teilen wird, und es wird neue Infolyer für die Milieuschutzgebiete geben.

Zudem gab es einen gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und uns Linken zu den politischen Schwerpunkten der Haushaltsplanaufstellung 2018/19. Erstmals konnten wir uns, dank der neuen Transparenz des Bezirksamtes, so frühzeitig in die Haushaltsplanaufstellung einbringen. Die Aufstellung des Haushaltsplanes bietet der BVV die größte Möglichkeit, Einfluss auf die Handlungen des Bezirksamtes zu nehmen, weil im Gegensatz zu allen anderen Beschlüssen der BVV die Haushaltsbeschlüsse

bindend sind. In den Schwerpunkten konnten wir z.B. mehr Mittel für Jugend- und Jugendsozialarbeit, Stärkung von Familienzentren, die Einrichtung eines Familienbüros erreichen.

Leider gibt es auch schlechte Neuigkeiten. SPD, CDU und FDP verhinderten einen Antrag, der anregte, die Natur- und Umweltschutzbelange bei der Baumaßnahme Ifflandstraße zu prüfen.

Dem Bezirksamt Mitte wurden die Räumlichkeiten, die die Volkssolidarität in der Torstraße nutzt, zum 31.12.2017 gekündigt. Sozialstadtrat Gothe sagte, dass die WBM ihm zugesichert habe, alles Mögliche zu tun, um für die Volkssolidarität in der Gegend Ersatzräume zu finden. Wir werden auf alle Fälle dran bleiben.

Andreas Böttger

Stadträtin unterwegs:

Moabit - eine Insel in Mitte

Mitte Mai habe ich mit der Regional-MAG Moabit einen Kiezspaziergang gemacht. In dreieinhalb Stunden führte er vom Aktionsspielplatz am Stephanplatz u.a. über den Schulgarten, das Mädchenzentrum Dünja, die B 8 bis zum Zilleklub in der Rathenower Straße.

Die Bezirksregionenprofile zeigen, dass weite Teile von Moabit Ost und West nach wie vor von Kinderarmut, Bildungsdefiziten und hoher Beschäftigungslosigkeit geprägt sind. Die Kinderarmut liegt in Mitte - auch in Moabit - insgesamt bei ca. 50 Prozent weit über den Berliner Werten von 30 Prozent. Klar ist: die materiellen Lebensverhältnisse prägen die Kindheit stark und haben Einfluss auf die gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und Gesundheit.

Bezirkspolitik muss auf Kinderarmut reagieren, auch die Jugend- und Familienarbeit. Familien in sozial prekären Lagen sind häufig schwer erreichbar, Sprachdefizite, Gesundheits- und Schulabgängerprobleme sind verbreitet. Kiezmütter, Lotsen und Familienzentren sollen die Eltern erreichen. Angebote wie Karame und Dünja sind speziell für Mädchen und Jungen, die zu Dreiviertel einen Migrationshintergrund haben. Sprachliche und kulturelle Vielfalt sind damit in Moabit wie in Mitte insgesamt Normalität. Positiv ist die zunehmende Vernetzung von Kitas, Schulen und außerschulischen Einrichtungen im Bildungsverbund Moabit,

der die Kinder und Jugendlichen an den Übergängen Kita - Grundschule und Grundschule - Oberschule unterstützen soll. Einrichtungen wie der pädagogisch betreute Spielplatz Otto-park oder der Schulgarten sind grüne Oasen im grünflächenarmen Moabit und vermitteln zudem naturwissenschaftliche Kenntnisse. Engagierte Akteure wie die REFO-Community stecken ihre Energien in den Kiez, Land und Bezirk haben mit Mitteln aus Programmen

der sozialen Stadtentwicklung viele Quartiere saniert und aufgewertet.

Aber im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit gilt, dass ohne Finanzierungssicherheit und personelle Absicherung ein kontinuierliches und nachhaltiges Angebot nicht möglich ist. Das Land muss durch ein Jugendfördergesetz und ein Familienfördergesetz endlich verbindliche Grundlagen dafür schaffen, damit die Bezirke diese wichtige soziale Infrastruktur ausreichend fördern. Kinder-, Jugend- und Familienarbeit ist keine freiwillige soziale Leistung, sondern Grundversorgung mit sozialer Infrastruktur.

Dr. Sandra Obermeyer, Stadträtin

Auch die Linksfraktion in der BVV Mitte setzt ein klares Zeichen

Mit #Bleibistan zeigen wir klare Kante gegen die Abschiebungen nach Afghanistan und für ein Leben in Sicherheit.



Mach mit, zeig dein Gesicht für #Bleibistan.

Dr. Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa

Kultur in der ganzen Stadt

Berlinerinnen und Berliner für Kunst und Kultur begeistern, die bisher keinen Zugang dazu haben, das kann und muss vor allem in den Bezirken gelingen.

Und in einer Zeitung für Berlin-Mitte darüber zu schreiben, mag zunächst nicht ganz so naheliegend sein. Natürlich ist hier die Dichte kultureller Angebote so groß, dass die Frage der Nähe nicht im Fokus zu stehen scheint.

Wenn ich will, dass sich Berliner*innen unseren Kultureinrichtungen nahe fühlen, sich dort akzeptiert und erwünscht fühlen, müssen die Einrichtungen ihnen aber auch in einem einfachen räumlichen Sinne nahe sein. Aber so wie das für Spandau und Marzahn gilt, gilt für Mitte sicher, dass räumliche Nähe allein auch nicht alle Zugangsprobleme löst. Und vor allem nicht das Problem einer kulturellen Mindestausstattung für Jede und Jeden.

Auch und gerade in Mitte scheint das bedroht – nicht zuletzt das Beispiel der In-

sel-Galerie hat uns gleich am Anfang der Legislaturperiode vor Augen geführt, dass Basis-kultur es selbst im kommunalen Wohnungsbestand schwer hat.

Das verweist auf eine komplexe Aufgabe, die weit über die Kompetenz der Kulturverwaltung hinausreicht: Wenn wir bis 2021 zweitausend Atelier- und Produktionsräume für Künstler*innen sichern wollen, muss nicht nur das Arbeitsraumprogramm verstärkt werden. Bei den Wohnungsbauvorhaben müssen auch Orte für kulturelle und künstlerische Nutzungen mitgeplant werden. Bibliotheken, Musikschulen, kleine Spielstätten und auch Arbeitsräume müssen sich in den Sozialen Infrastrukturkonzepten (SIKO) der Bezirke wiederfinden!

Was wir können, ist die Verdopplung des Bezirkskulturfonds: ein erster und angesichts der Größenordnungen bezirklicher Aufgaben und der Kulturförderung in anderen Bereichen letztlich kleiner Schritt.

Ich will im Gespräch mit den Bezirken den Stellenwert der Kultur in der bezirklichen Auseinandersetzung um Ressourcen stärken. Natürlich liegt die Verantwortung für vieles in den Bezirken und es wäre fatal, das ändern zu wollen. Das heißt für mich dann im Übrigen auch: Wenn Bezirke politisch gegen Kultur entscheiden, kann ich das nicht aufheben.

Die Willensbildung im Interesse von Kultur zu unterstützen, werde ich mir aber gestatten. Mit dem Kampf um die Deutungshoheit der Festlegung aus der Koalitionsvereinbarung, zu 20 Prozent festangestellten Mitarbeiter*innen in den Musikschulen hat das begonnen, sehr konkret und irdisch zu werden. Dazu



Kulturdialog vor Ort, bald auch in Mitte

Foto: Rico Prauss

Großeltern gesucht!

Hallo, ich bin Niklas Levi und gerade zwei Monate alt geworden. Mama und ich wohnen in der Nähe vom Gesundbrunnen. Leider habe ich keine Oma und keinen Opa zum Spielen und die Welt erkunden. Vielleicht hast Du ja Lust und Zeit mein/e Oma und/oder Opa zu werden. Toll wäre es, wenn du zwischen 50 und 70 Jahre alt bist und im Bezirk Mitte oder Pankow wohnst. Melde dich bei Interesse einfach in der Redaktion bei Thilo Urchs. Mama und ich würden uns sehr freuen, dich bald kennenzulernen.



Fortsetzung von Seite 1: **Steve Rauhut – Visionär mit Blaumann und Rechenschieber**

baut die Community hier Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten. Er sagt: „dass es geht, zeigen wir. Bezahlbarer Wohnraum ist keine Utopie, sondern eine Frage des Willens. Und auf bundespolitischer Ebene fehlt der Wille. Die Mietpreisbremse greift nicht.“ Deshalb fordert er, dass der Wille zu sozialem Wohnungsbau bei den wichtigsten Akteuren gesetzlich eingefordert wird. So

sollen die Spielräume für Spekulation mit Wohnraum eingegrenzt werden, in dem etwa die Mietpreisentwicklung an die regionale Einkommensentwicklung gekoppelt wird. Weiter, so Rauhut, „müssen städtische Wohnungsunternehmen ihre Handlungen wieder an ihrem eigentlichen Auftrag ausrichten: dauerhaft sozialverträglichen Wohnraum bereitzustellen.“ Und drittens muss die Wohngemeinnützigkeit

wieder eingeführt werden, damit auf dem Wohnungsmarkt wieder Akteure vertreten sind, deren Ziel nicht Profit sondern die Schaffung bezahlbarer Wohnungen ist.

Dass der REFO-Campus trotz aller Hindernisse zu einem Symbol eines offenen, integrativen und solidarischen Berlins werden konnte, ist dem Willen und der Arbeit vieler zu verdanken.

Falk Höpfner

Hohe Rendite, aber defekte Heizungen

Auch im Wedding Ärger mit der Deutschen Wohnen

Das Geschäftsgebaren der Deutschen Wohnen AG bringt den Mietern in Großsiedlungen im Wedding und in anderen Stadtteilen Berlins zunehmend Ärger, mangelnde Wohnqualität und Zukunftsängste. Dem börsennotierten Immobilienunternehmen Deutsche Wohnen gehören mittlerweile 110.000 Wohnungen, im Großraum Berlin ist das Unternehmen die größte Vermieterin.

Die Mieter der Deutschen Wohnen sind damit konfrontiert, dass dieser Konzern den Berliner Mietspiegel nicht anerkennt und Mieterhöhungsbegehren unter Verletzung des Mietspiegels versendet. Modernisierungen werden durchgeführt und danach Mieterhöhungen in Höhe von elf Prozent der Modernisierungskosten verlangt, statt der Instandhaltungs- und Instandsetzungspflicht nachzukommen, wie der „Alternative Mieter- und Verbraucherschutzbund“ feststellte.

Der Zustand der Mietobjekte wird beklagt, speziell Heizungsausfall und Heizungsstörungen, z.B. in der Friedrich-Ebert-Siedlung im Wedding.

Auch die Verwaltungspraxis der „Deutschen Wohnen“ – wie sie sich besonders im Wedding zeigte – wird kritisiert: Nämlich die fehlende telefonische Erreichbarkeit eines Hausmeisters, das Warten in der Warteschleife des internen Callcenters, schleppende Mängelbearbeitung und Mängelbeseitigung.

Im Mai veranstaltete die „Helle Panke“ für die Reihe „Linke Metropolenpolitik“ im taz-Café eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Was macht das Immobilienunternehmen Deutsche Wohnen AG in Berlin?“ Unter anderen nahmen

Reiner Wild vom Berliner Mieterverein und Mitglieder des Bündnisses Otto-Suhr-Siedlung daran teil. Viele Bewohner dieser Siedlung der „Deutschen Wohnen“ fürchten sich wegen der geplanten Modernisierungsmaßnahmen vor akuter Verdrängungsgefahr.



Friedrich-Ebert-Siedlung im Wedding, Ecke Afrikanische Straße foto: wikipedia

Andererseits wurde über die einträgliche Geschäftstätigkeit des Konzerns berichtet. Die „Deutsche Wohnen“ erzielt eine außerordentlich hohe Rendite auf ihr Eigenkapital. Im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2015 waren es 18,7 Prozent. Normal seien im relativ risikoarmen Immobiliengeschäft 5 bis 6 Prozent. „Alles darüber ist unanständig“, stellte neulich Wirtschaftsprofessor Bontrup fest, der eine Bilanzanalyse der „Deutschen Wohnen“ angefertigt hat. Aus der besonders hohen Rendite ergebe sich auch eine außerordentlich hohe Dividende für die Aktionäre. 182 Millionen Euro waren es im Jahr 2015 – fast ein Viertel mehr als im Vorjahr.

Rainer Scholz

Sozialmieter in Berlin bekommen mehr Unterstützung vom Land

Berlin (dpa/bb) – Berliner Mieter mit geringem Einkommen sollen stärker finanziell unterstützt werden. Der rot-rot-grüne Senat brachte am Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf ins Plenum des Abgeordnetenhauses ein. Unter anderem ist vorgesehen, als Bezugsgröße für Zuschüsse für Sozialmieter die Bruttowarmmiete statt der Nettokaltmiete zugrunde zu legen.

Damit können bald alle Mieter, deren Warmmiete höher ist als 30 Prozent des Haushaltseinkommens, Unterstützung beantragen – vorausgesetzt sie leben nicht in einer zu großen Wohnung. Außerdem dürfen Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau

künftig nicht mehr rückwirkend ausgesprochen werden.

Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) sagte, das Gesetz sei ein weiterer Baustein, um Sozialmieter besser zu schützen. In Berlin gebe es noch 106 000 Sozialwohnungen. «Sie müssen bezahlbar für die Menschen bleiben, die aufgrund niedriger Einkommen darauf angewiesen sind.» Der Zuschuss wird nach früheren Angaben der Stadtentwicklungsverwaltung von derzeit durchschnittlich 84 Euro auf 245 Euro steigen, berechtigt dürften etwa 17 000 Haushalte sein. Im Landeshaushalt stehen rund 35 Millionen Euro für die Hilfen bereit.

Kurznachrichten

➤ Wohnen in Berlin weiterhin teuer

In den vergangenen zwei Jahren sind die Mieten im Schnitt um mehr als neun Prozent gestiegen. Der Mietspiegel 2017 weist aus, dass die durchschnittlichen Nettokaltmieten von 5,84 Euro/qm auf 6,40 Euro/qm gehoben worden sind. Besonders bei den Mieten für gut ausgestattete Altbauwohnungen aus der Gründerzeit haben die Eigentümer kräftig hingelangt. Vermieterverbände haben auch diesmal wieder erklärt, man werde den Mietspiegel nicht anerkennen.

➤ Berlins Bezirke haben gut gewirtschaftet

Laut Finanzsenator Kollatz-Ahnen (SPD) haben Berlins Bezirke 2016 Überschüsse von 22,7 Millionen Euro erzielt. Tempelhof-Schöneberg hatte mit 8 Mio. das stärkste Ergebnis, Mitte brachte es auf Platz 2 mit 6,7 Millionen. Oho! Lichtenberg, Neukölln und Reinickendorf sackten auf Minuszahlen. Die seien aber nicht dramatisch, hieß es. Alle drei besitzen Guthaben aus dem Vorjahr. Die zwölf Bezirke haben insgesamt 111,2 Mio. Guthaben angehäuft. Damit sollte sich doch einiges richten lassen.

➤ Alles möglich zwischen 4.610 und 2.036 Euro pro Monat

Nach statistischen Angaben sind die durchschnittlichen monatlichen Einkommen (Brutto) sehr unterschiedlich übers Land verteilt. Danach liegt die Stadt Wolfsburg mit 4.610 Euro an der Spitze – klar, da wiegen die VW-Vorstandsgehälter mit. Ähnlich in Ludwigshafen auf dem zweiten Platz – da wiegen die Chemiekonzerne mit – immerhin 4.491 Euro. Die betrübllichsten Zahlen liefern die östlichen Bundesländer – Vorpommern-Rügen mit 2.057 Euro, und als Schlusslicht der Erzgebirgskreis mit 2.036 Euro.

➤ Pflicht zur Impfung für Kinder in Italien

Nach einer Masernepidemie hat die italienische Regierung ein Gesetz zur Pflichtimpfung erlassen. Sie erstreckt sich auf zwölf Krankheiten, dazu gehören Masern, Hirnhautentzündung, Tetanus, Kinderlähmung und Keuchhusten. Nicht geimpfte Kinder bis zu sechs Jahren werden künftig nicht in Krippen, Kindergärten oder Vorschuleinrichtungen aufgenommen.

➤ Im „Adlon“ wurde geklaut.

Mitarbeiter an der Lobbybar verkauften auf eigene Rechnung Getränke, Flaschen und anderes Hotelgüter an Gäste. Ermittelt wird nun wegen Betrug. Der Schaden für das Unternehmen beläuft sich auf mindestens eine Million Euro. Hat sich ganz schön was zusammengeläppert!

Bei anderen gelesen

► Veto gegen Abrüstung – eine Schande

Kommentar im „Tagesspiegel“ mit Vorschlag: Deutschland müsse Atomwaffen haben. Deutschland lehnte in einer UNO-Sitzung ein weltweites Atomwaffenverbot ab. Diese Haltung ist gefährlich und absurd. „RotFuchs“, April 2017

► Neue Waffen – altes Denken

Aufrüstung führt nicht zu mehr Sicherheit in Europa. Gegen Krieg und Terror helfen nur Krisendiplomatie und Überwachung. „Der Spiegel“, 11.04.2017

► Nationalhass als Folge mangelnder Kultur

„Wenn aktuell jemand in Deutschland Leitkultur verkörpert, sind das vor allem die vielen tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die durch ihr Engagement für Flüchtlinge in den letzten Monaten das Staatsversagen in der Flüchtlingskrise zumindest partiell ausgeglichen haben“, sagt Sahra Wagenknecht. „Cicero“, 06.05.2017

► Kriegsgefahr in Europa

Seit Ausbruch des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine herrscht in Europa wieder Kriegsgefahr. Zugleich drängt die neue US-Regierung die Europäer, mehr für die eigene Verteidigung zu tun und ihre Armeen aufzurüsten.

„Der Spiegel“, 29.04.2017

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 22.05.2017

Ausgabetermin für Nr. 07/08 2017 – 06.07.2017

Menschen in Mitte

Christin Noack: Faszinierte Stadtplanerin zwischen Alex und Strausberger Platz

Schon lange fühlt sich Christin Noack zwischen Alex und Strausberger Platz zu Hause. Seit mehr als einem Jahr arbeitet die Stadtplanerin zusammen mit ihrem Team, dem Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement - KoSP GmbH, an der Erneuerung der sozialen Infrastruktur des II. Bauabschnitts der Karl-Marx-Allee, der Aufwertung seiner Grünflächen, der Spiel- und Sportplätze sowie der Verbesserung der Aufenthaltsqualität.

„Anfang 2016 wurden wir vom Bezirksamt Mitte mit der Koordination der Fördermittel für das Wohngebiet, der Programmplanung, der Vorbereitung und Realisierung von Bauvorhaben, der Organisation der Öffentlichkeitsarbeit und der Bürgerbeteiligung sowie der Beratung der Investoren beauftragt“, erklärt die 27-jährige Absolventin der TU als Master of Science.

Nach ersten Bürgerversammlungen 2016, einem Rundgang im Mai mit der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, und der Präsentation des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) am 6. Juni im Berlin Congress Center wird nun das erste Projekt konkret: „Die Arbeiten zum Umbau der Planché in der Weydemeyerstraße zu einem Wasserspielplatz beginnen in diesen Tagen“, kündigt Christin Noack an. Das Straßen- und Grünflächenamt plant gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt eine attraktive Erholungs- und Spielanlage für alle Generationen. „In den nächsten zehn Jahren geht es an die erforderliche, jedoch behutsame bauliche Weiterentwicklung des gesamten für mich faszinierenden Wohnquartiers“, betont die gebürtige Zossenerin. „Dabei wollen wir Schritt für Schritt die wesentlichen Konzeptelemente mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Wohnungsunternehmen und Eigentümern im Wohngebiet diskutieren.“

Seit November 2016 erwarten Christin Noack und ihre Mitstreiter in ihrem Vor-Ort-Büro in der Schillingstraße 30 Besucher, die Fragen nach den Zielen des Förderprogramms stellen, nach Möglichkeiten einer gemeinsamen Zusammenarbeit suchen, Anregungen geben, Vorschläge machen. „Dienstags von 8 bis 10 und donnerstags von 16 bis 18 Uhr stehen wir für Gespräche auf Augenhöhe zur Verfügung.“



Das möchten wir verstetigen, uns über die Jahre regelmäßig austauschen“, erwartet die junge Stadtplanerin. Ab Herbst soll dann auch ein „Stadtteil-Magazin“ viermal jährlich über den Stand der Arbeiten informieren und die Beteiligten zu Wort kommen lassen.

„Es macht mich stolz“, unterstreicht Christin Noack, „an der Entwicklung dieses einzigartigen städtebaulichen Ensembles der Nachkriegsmoderne mitwirken zu dürfen.“ Auch ihre Wohnung hat sie in der Nähe gewählt, in ihrer Freizeit joggt sie gerne über die Karl-Marx-Allee. Der zweite Bauabschnitt liegt bei ihr in den besten Händen.

Matthias Herold

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an
info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Berlin ist arm aber sexy – das ist Quatsch

Pfundflaschensammler in Not bekommen davon keinen Orgasmus. Transferleistungsempfänger*innen stöhnen nicht aus Lust, wenn der Geldautomat am Monatsende nichts mehr hergibt.

Ich sehe: Berlin verarmt an Menschlichkeit und sozialen Strukturen, die diesen Namen auch verdienen. Das ist nicht sexy, das ist abstoßend, eklig und unerotisch.

Ich sehe sie: Flaschen sammelnde Armutsrentner, verwaahlte Obdachlose, stinkende Bettler*innen, heimatlose Osteuropäer, heruntergekommene Behinderte, verlorene verwaaste Seelen. Ich sehe sie: In Bahnhofshallen, an Bushaltestellen, in S- und U-Bahnen, auf Flughäfen, in den langen Korridoren der Ämter, in den Foyers der Banken, in ausgeräumten Bürohäusern, auf verwilderten Brachen, in dunklen Hinterhöfen, unter alten und neuen Brücken. Ich sehe sie: In Stätten des Durchgangs, des Nirgendwohingehörens, der vagen Erwartung, der geheimen Angst, dass Erhofftes nicht kommt, dass das Vorläufige sich als endgültig erweist, dass Heimkehr unmöglich ist. Ich sehe sie: Wartend, dass sich etwas ändert: an der Gegenwart, der Zukunft, dem Schicksal, an ihnen, an anderen, dem Leben

an sich, der Gesellschaft. Sie warten auf Gedeih und Verderb, Gnade oder Ungnade, empfunden als Tragik, Absurdität, Freiheit, Emanzipation, je nach Vitalität. Ich sehe sie: Viele von ihnen waren einst Teil der Gesellschaft. Sie funktionierten, waren Zahnräder im gut geschmierten kapitalistischen Getriebe, bis sie – aus welchen Gründen auch immer – versagten und als Humankapital wertlos wurden.

Ich sehe die anderen: Die vielen, die meinen, es gäbe nichts zu bessern, zu heilen, umzuwandeln, zu resozialisieren, zu integrieren, es müsse nur richtig abgeschreckt werden. Brauchen sie diese schwarzen Schafe nicht doch als dunkle Folie, von der sich ihre bürgerlich-christliche Wohlanständigkeit umso heller abhebt? Ich sehe die Entscheidungsträger,



Schnell handeln für Menschen in Not!

Foto: Rico Preuss

die etwas ändern könnten. Sie warten ab, wollen sich aus der Verantwortung stehlen: Ihr Warten ist eine taktische Geste.

Ich sehe sie alle: Weil ich Fotograf und Mensch bin und weil ich sehen will und muss.

Orlando El Mondry

Sonderbares im öffentlichen Raum

Unten im vormaligen U-Bahnhof Thälmannplatz haben zwei kleine Punkte die inkriminierte Mohren- in eine Möhren-Straße verwandelt. Witzig. Oben ist es ungemütlicher. Da hasten Leute, Geschäfte und Restaurants warten auf Business oder erdulden die Insolvenz.

Hier wohnen wenige, auch Spielplätze sind rar. Neue Eissorten, Kinos, Streetfood und vertrauliches Straßengerede gibt es nordöstlicher im Bezirk, wo Radfahrer auf Bürgersteigen fahren und Tourguides wortgewaltig den kleinen und großen Reisegruppen die Welt in vielen Farben erklären. Mehr Respekt auf allen Seiten ließe das liebenswert urbane Mit- und Nebeneinander sprießen, auch zwischen Alex und Rosenthaler Platz, Hackeschem Markt und Friedrichstraße. Doch solcher Respekt setzt wohl Gelassenheit voraus. Ist, wer noch um die Mittagszeit schlafend den Durchgang zur U 8 am Rosenthaler Platz blockiert, hier zum Mitspielen fähig? Wer sind die polnischen Männer, die zwischen Flaschen, Abfall und vollgepölpelten REWE-Einkaufswagen lagern und mangels WC ungeniert gegen Wände pinkeln? Wann ist dieses moderne Elend, dem Worte,

Scham, Wut und Hilflosigkeit nicht gewachsen sind, selbst- oder fremdverschuldet? Polizei, Sozialarbeitende, Ordnungskräfte scheinen überfordert, keine Regeln sind durchsetzbar, das Zumutbare stößt an Grenzen, wenn immer mehr Heimatlose immer mehr Bahnhöfe, Sparkassenvorräume, Hauseingänge, Straßen, Parks und Plätze besetzen.

Die Antwort aus New Yorks Manhattan lautete vor Jahrzehnten: ZERO TOLERANCE. Das kommerzialisierte Midtown war damals nicht nur abends unbegebar, law and order riefen auch soziale Projekte auf den Plan, die heute links genannt werden könnten: Ein leerstehendes Hotel am Times Square als Obdachlosendomizil, kein Alkohol, Nikotin, Gewalt, Drogen, die Gegenleistung für Brot und Bett hieß arbeiten fürs Gemeinwohl. Das stand gut lesbar auf den Rücken der Jacken, in denen nun ehemals Obdachlose Straßen

feigten, Fremden halfen und sich die Innenstadt erholte.

Wäre ähnliches mit dem „Haus der Statistik“ am Alex möglich? Müssen Geschäfte, Kaf-



Kreative Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus

feehäuser, Restaurants und Kneipen Kunden verlieren, sich Ramsch & Co. etablieren, bevor der Umbruch eingeleitet wird? Drängelnde Menschenmassen sind nicht alles, noch mehr Hotels bringen keine Bewohner, denen der Kiez am Herzen liegt. Touristen gehen gern in muntere Wohngebiete. Ich auch. Besonders, wenn ich reise.

Irene Runge

Aus dem Abgeordnetenhaus

Priorität: Hoch!

70 Prozent aller Menschen, die 2016 von infratest dimap gefragt wurden, wie sie die Situation an den Berliner Schulen einschätzen, befanden, dass diese schlecht oder gar sehr schlecht sei.

Auch die Ausstattung mit Unterrichtsmaterialien, Technik und Computern wurde von 45 Prozent der Befragten als mangelhaft bewertet. Die meisten wünschten sich mehr Personal, bessere Ausstattung, kleinere Klassen und auch einen besseren Zustand der Schulgebäude.

Jahrelang hat das Land Berlin versäumt, ausreichend Mittel in Sanierung, Instandhaltung und Ausstattung der Schulen zu investieren. Legendär die Geschichten von überfüllten Klassen, Unterrichtsausfall, Kindern, die sich den Gang zur Toilette so lange verkneifen, bis sie wieder zu Hause sind. Das wird sich ändern.

Im April stellten die Bildungssenatorin Scheeres (SPD) und die Stadtentwicklungssenatorin Lompscher (DIE LINKE) die „Berliner Schulbauoffensive – Phase 1“ vor, die der Senat beschlossen hat. Phase Null, die Planungsphase, ist abgeschlossen. Bestandsaufnah-

me, Gebäudescan, bezirksgenaue Bestimmung des Sanierungsbedarfs ergaben: Insgesamt werden 3,9 Milliarden Euro benötigt, akut 1,6 Milliarden. Eingerichtet wurde eine Task Force (klingt ein wenig martialisch, muss aber sein), um den Schulbau und die Planung von rund 70.000 weiteren Schulplätzen bis 2024 zu schaffen.

Spannend bei solchen Projekten, die eine langanhaltende Krise beenden sollen, ist immer die Frage der Zuständigkeit. Entstehen wird und soll eine neue Institution – angelegt als Landesbetrieb –, in der Projekte ab einem bestimmten Finanzvolumen gebündelt und koordiniert werden. Noch im Sommer wird dafür die Entscheidung fallen, 2018 soll der Landesbetrieb stehen.

Beide Senatorinnen versprechen, dass dies nicht Stillstand bis 2018 bedeutet – den kann und will sich niemand leisten. Bis die Landesgesellschaft arbeitsfähig ist, sind die Bezirke für Sanierungsfälle bis zu einem Volumen von 5,5 Millionen Euro zuständig. Die



Carola Bluhm

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übernimmt verpflichtend ab zehn Millionen Euro, dazwischen können Bezirke entscheiden, ob sie selbst verantworten oder ganz oder teilweise ans Land abgeben wollen. 2017 stehen insgesamt 830 Millionen Euro zur Verfügung. Die Task Force wird alle vier Wochen tagen und es wird einen Landesbeirat Schulbau geben. Das Adjektiv „marode“ soll künftig nicht mehr in einem Atemzug mit „Berlins Schulen“ benutzt werden müssen.

Carola Bluhm

Berliner Tafel sucht dringend Nachwuchs!

Der „Laib und Seele“-Aktion der Berliner Tafel fehlt es an ehrenamtlichen Helfern für den Transport sowie die Ausgabe von Lebensmittelspenden. Gesucht werden mehr als 50 zusätzliche Unterstützer. Die „Laib und Seele“-Ausgabestellen unterstützen insgesamt 50.000 Bedürftige im Monat mit Lebensmitteln. Die Berliner Tafel beliefert zudem mehr als 300 soziale Einrichtungen mit Lebensmittelspenden.

Laut der Organisation fehlt es vor allem an Helfern, die Lebensmittel ausgeben und sortieren. Ebenfalls benötigt werden Fahrer, die mit einem Kleintransporter die Waren von den Märkten abholen und an die Ausgabestellen ausliefern. Gesucht werden Unterstützer in ganz Berlin. Besonders gefragt sind deshalb Menschen, die Interesse an einem Engagement über eine längere Zeit haben.

Die 45 Ausgabestellen der „Laib und Seele“-Aktion entstammen einem Gemeinschaftsprojekt der Berliner Tafel, den Kirchen sowie dem Rundfunk Berlin-Brandenburg. Die-

ser hatte die Aktion damals initiiert, bekannt gemacht sowie mehrere Jahre aktiv begleitet.

Laut dem Bundesverband der Tafeln wird sich die Anzahl der von Armut betroffenen Menschen, die auf Essensausgabestellen angewiesen sind, bis 2013 deutlich erhöhen. Darunter befinden sich vor allem kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Studierende und Flüchtlinge. Vor allem die Zahl der von Armut bedrohten Kinder steigt weiter:

Im Dezember 2015 waren noch rund 1,54 Millionen von Hartz IV abhängig. Die Zahl stieg

bis Dezember 2016 auf rund 1,6 Millionen. Das geht aus Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit für die Linksfraktion im Bundestag hervor. Angesichts dieser besorgniserregenden Zahlen setzt sich DIE LINKE nicht nur auf politischer Ebene für mehr Engagement gegen Armut ein, sondern geht mit gutem Beispiel voran.

Wer zuverlässig und körperlich fit ist, kann sich per **Mail** unter ehrenamt@berliner-tafel.de melden sowie **telefonisch** unter der Nummer 030 782 74 14.

Alana di Filippo



Karikatur: Klaus Struttmann

Das ist das Letzte

Eine kleine muntere Schar von jungen LINKEN zieht mit unserer „Mittendrin“ durch Berlin-Mitte. Sie wollen das Blättchen nicht einfach in die Briefkästen werfen, sondern den Lesern an der Wohnungstür in die Hand drücken.

Das habe ich auch mal getan, als ich so jung war und die vielen Treppen ohne Japsen schaffte. Dazu gehört nicht nur Kraft, sondern auch Mut und gute Antworten auf bissige Fragen. Nicht jeder macht die Tür auf. Nicht jede winkt hinein. Da trifft man Gutmenschen und auch Wutmenschen, Halb-Linke und auch Halb-Rechte. Aber hinter solchen Türen leben auch viele Nichtwähler oder enttäuschte LINKS-Wähler. Zudem rät die Polizei, nicht zu öffnen, wenn Fremde klingeln. Da zählt es doppelt, wenn es bei solchen Begegnungen bis zum Austausch der Telefonnummern für das nächste Kandidaten-Gespräch oder auch für die Wahlparty kommt.

Wir wissen, dass die Isolation zunimmt, also muss man auf die Leute zugehen. Weil zu viele Medien für die Verblödung sorgen, müssen wir die versteckten Zusammenhänge aufdecken. Und weil den Nachbarn das Hemd näher ist als der Rock, müssen wir erkunden, wo im Kiez oder im Land der Schuh drückt, um dann mit unseren Abgeordneten zu klären, welche Lösungen wir vorschlagen können. Die LINKE ist eben nicht nur eine Partei für den Wahltag, sondern auch für den Alltag.

Wenn ich als „Jungspecht beim Klinkenputzen“ wäre, würde ich fragen: „Verzeihung, können Sie mir sagen, ob meine Rente sicher ist?“ Oder: „Möchten Sie mal etwas lesen, was die Kanzlerin bestimmt nicht liest?“ Oder: „Wissen Sie, wie viel Tausend Kinder und Jugendliche in diesem Bezirk unter der Armutsgrenze leben?“

Das kann Streit geben. Aber mit der Frage beginnt das Denken und mit dem Nachdenken wächst die Chance für mehr Frieden, mehr Demokratie und Gerechtigkeit.

Arthur Paul

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Mit Elan in den Wahlkampf

Am 24. September sind die Wahlen zum Deutschen Bundestag. Damit DIE LINKE auch in Mitte ein gutes Ergebnis erzielen kann, damit die soziale Gerechtigkeit gestärkt in den Bundestag einzieht, muss der Wahlkampf gut vorbereitet werden.

Bereits im März gab es einen ersten Workshop, in der die Parteibasis ihre Ideen für den Wahlkampf einbringen konnte.

Daraus entstanden sind mehrere Arbeitsgruppen, die sich bis zur Wahl mit Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Haustürwahlkampf und anderen Wahlkampfelementen beschäftigen.



Die Haustürwahlkämpfer*innen der LINKEN im Wedding unterwegs.

Wenn du dich auch **in den Wahlkampf einbringen möchtest**,

dann melde dich am besten bei uns in der Geschäftsstelle im

Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon: 24 00 9336
E-Mail: mitte@die-linke-berlin.de

Damit du **immer auf dem Laufenden** bleibst, kannst du uns auch folgen auf

Facebook @DIELINKE.Berlin.Mitte
Twitter @LinkeBerMitte
Instagram @die_linke_berlin_mitte

Unser **Direktkandidat** für den Wahlkreis Mitte ist **Steve Rauhut**. Ihm kannst du auch folgen auf

Facebook @steverauhut.info
Twitter @Steve_Rauhut
Instagram @steverauhut

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats**
von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats**
im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **Linkstreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

BÜRGER*INNENDIALOG

Anett Vietzke und **Katharina Mayer**
der Linksfraktion in der BVV Berlin Mitte
laden ein

zur gegenseitigen Beratung auf Augenhöhe zwischen Bürger*innen, Kiezexpert*innen, Wutbürger*innen, Gutbürger*innen, Politikverdrossenen, Aktivist*innen, Engagierten, ... und Kommunalpolitiker*innen

Ziel ist der Austausch von drängenden Problemen, kommunalpolitischen Fragen und Antworten, Vernetzung und Mobilisierung und transparenter Politik

JEDEN 2.FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00

im **LINKSTREFF**

Malplaquetstr. 12
13347 Berlin - Wedding